

"Leistungsniveau wird sinken"

Hans-Jürgen Urban, jüngstes Vorstands-Mitglied der IG Metall, über den Zustand des Sozialstaats.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: *Herr Urban, der Sozialetat ist klar der größte Einzelposten im Bundeshaushalt. Das zeigt doch, Herr Urban, dass der Sozialstaat besser ist, als Kritiker auch im DGB behaupten?*

HANS-JÜRGEN URBAN: Die Höhe des Sozialstats sagt nichts über das sozialstaatliche Versorgungsniveau der Menschen. Die Höhe kann auch Indiz dafür sein, dass die sozialen Probleme gewachsen sind. Wir haben die scheinbar paradoxe Entwicklung, dass der Sozialaufwand steigt und trotzdem die Versorgung schlechter ist.

Wie kommen Sie zu der These?

URBAN: Wenn die Wirtschaftspolitik dazu führt, dass die Arbeitslosigkeit um zehn Prozent steigt, aber gleichzeitig die Politik versucht, durch individuelle Leistungskürzungen fünf Prozent reinzuholen, haben sie am Ende eine höheren Sozialaufwand. Die Kürzungen kompensieren den gestiegenen Bedarf nicht vollständig.

Sie übersehen - wie der Entwurf zum Armutsbericht -, dass wir seit über zwei Jahren einen Aufschwung und mehr Beschäftigung haben.

URBAN: Die Vorstellung, dass sich mit

einer Zunahme an Beschäftigung die sozialen Problemlagen entschärfen, gilt nicht mehr. Diese Leistung erfüllt der Sozialstaat nicht mehr. Wegen der Regulierung am Arbeitsmarkt und der Lohnentwicklung geht ein Zuwachs an Beschäftigung nicht mehr automatisch einher mit einem Ausstieg aus Armut. Der Niedriglohnsektor ist rasant auf 22 Prozent gestiegen. Das hat für die Gesellschaft dramatische Folgen.

Welche?

URBAN: Wir sehen einen Trend zum polarisierten Kapitalismus, zu einer Gesellschaft mit zunehmenden sozialen Konflikten. Wir Gewerkschaften wollen, dass gegengesteuert wird, beispielsweise in der Sozialversicherung.

Wie soll dies in der Alterssicherung aussehen?

URBAN: Die Rentenpolitik der letzten Jahre führt dazu, dass das Leistungsniveau massiv sinken wird. Zudem gibt es einen Trend zu prekären Beschäftigungsverhältnissen und gebrochenen Erwerbsbiografien. Auch dies schmälert die Rente. Die sichert nicht mehr den Lebensstandard und verhindert nur noch unzureichend Armut.

Sie vergessen private und betriebliche Altersvorsorge . . .

URBAN: Die Politik hat immer behauptet, dass Kürzungen in der Rente, in der

erste Säule, durch die zweite und dritte Säule, die betriebliche und private Vorsorge ausgeglichen würden. Das stimmt aber nicht. Die größten Lücken in der ersten Säule haben diejenigen, die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind und die unterdurchschnittlich verdienen. Das sind aber auch diejenigen, die kaum eine Chance haben, die Lücken in der gesetzlichen Rente über betriebliche oder private Vorsorge auszugleichen.

Ihre Alternative?

URBAN: Ein Teil der Antwort ist die Einführung eines Mindestlohns.

Das stimmt doch nicht. NRW-Arbeitsminister Laumann hat vorge-rechnet: 7,50 Euro reichen nicht, um über die Grundsicherung zu kommen. Er fordert deshalb die Rente nach Mindesteinkommen.

URBAN: Beides schließt sich nicht aus, sondern ergänzt sich. Außerdem fordern wir eine generelle Sozialversicherungspflicht und eine Erwerbstätigenversicherung, die schrittweise Selbständige, Freiberufler und Beamte einbezieht.

Das Gespräch führte
Günther M. Wiedemann